

GGP-Themenpool 3

NS-Ideologie

Wie die Nazis so viele Deutsche überzeugten: <https://www.youtube.com/watch?v=dD4y3B27VMM>

Ausgangslage ist ein Mann der im 1. Weltkrieg gekämpft und verloren hat. Er fühlt sich verraten durch die Politiker, die aufgegeben haben und hägt Zweifel an der Demokratie. Die Nazis gewannen sein Vertrauen durch die 9 Methoden die die Nazis gerne verwendeten um das Volk auf ihre Seite zu ziehen.

Methoden der Nazis um das deutsche Volk für sich zu gewinnen:

1. Sagen was viele denken
2. Zweifel an der Demokratie säen
3. Sündenböcke schaffen
4. Einfache Lösungen
5. Terror
6. Vorteile für Anhänger
7. Politische Indoktrinierung
8. Profit durch das Leid anderer
9. Ängste schüren

Wichtig: <https://www.youtube.com/watch?v=nyzCwtXqRv0>

Ideologie der Nazis

1. Rassismus: Der stärkere mensch überlet, hochwertige > minderwertige Menschen => arische Rasse die beste Rasse
2. Antisemitismus: Juden = Rasse (falsch), Judenrasse ist böse im Vergleich zur arischen Rasse und sind an allem schlechten Schuld
3. Lebensraum: deutsches Volk braucht ein deutsches/arisches Großreich; will in Osten erweitern; alle dort sind „untermenschen“; Aria haben das recht das land wegzunehmen
4. Volksgemeinschaft: nur Platz für Aria; alle die anders sind müssen ausgerottet werden; Demokratie hat auch kein Platz mehr; Menschen verlieren ihre Rechte
5. Führerprinzip: Adolf hitler hat immer Recht und macht alles richtig; darf alles entscheiden; Als die deutschen verloren hatten sagte Hitler das das Volk versagt hat und verbietet aufzugeben; Ausserdem gehört das volk hääte sich seiner nicht würdig erwiesen und alle haben es verdient getötet und versklavt zu werden

Diktaturen

- **Hitler:** https://www.youtube.com/watch?v=yOa2SUdX_2k
- **Mussolini (Buch S. 203):** <https://www.youtube.com/watch?v=7mzBFKNBjUw>
- **Nordkorea:** <https://www.youtube.com/watch?v=DEkTTTLREkE>

EU S. 8-44

Adenauer und Schuman – gemeinsames Europa

Konrad Adenauer und Robert Schuman waren wichtige Persönlichkeiten, die maßgeblich zur Entstehung und Gestaltung des vereinten Europas beigetragen haben. Adenauer, erster Bundeskanzler Deutschlands, setzte sich für eine enge Zusammenarbeit der europäischen Staaten ein. Schuman, französischer Außenminister, präsentierte die Schuman-Erklärung, die zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl führte. Ihre Vision eines geeinten Europas basierte auf Frieden, wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie und beeinflusst bis heute die EU-Politik.

EGKS (= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde 1951 gegründet, um die Produktion und den Handel von Kohle und Stahl in Europa zu koordinieren. Sie war die erste überstaatliche Organisation und legte den Grundstein für die spätere Europäische Union. Die EGKS förderte die wirtschaftliche Zusammenarbeit und trug dazu bei, Frieden und Einheit in Europa zu stärken.

EWG (= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hieß ein Zusammenschluss europäischer Staaten. Das Ziel war die europäische Integration durch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Am 25. März 1957 wurde die EWG durch Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

Zeitgleich gründete man Euratom für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kernenergie. Man nennt die beiden Verträge die Römischen Verträge. Hinzu kam die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die es bereits seit 1952 gab.

Zusammen sprach man von den drei Europäischen Gemeinschaften. Die EWG entwickelte sich zur weitaus bedeutendsten unter diesen. Seit 1967 hatten sie allerdings bereits dieselben Organe.

Am 7. Februar 1992 wurde der Vertrag von Maastricht unterzeichnet. Er trat zum 1. November 1993 in Kraft. Er benannte die EWG in Europäische Gemeinschaft (EG) um, die eine Säule der neugegründeten Europäischen Union (EU) wurde. Am 1.

Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon in Kraft. Dadurch wurde die EG vollständig integriert und aufgelöst. Auf diese Weise entstand die heutige Europäische Union als Rechtsnachfolgerin der EG.

Euratom (= Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft)



Am 25. März 1957 wurden zwei Verträge unterzeichnet – der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom). Hauptzielsetzungen des Euratom-Vertrags sind u.a.:

- die Förderung der Forschung und die Verbreitung technischer Informationen

- die Festlegung einheitlicher Sicherheitsstandards zum Schutz der Bevölkerung und der Arbeitnehmer
- die Unterstützung der Forschung
- die Verhinderung der Zuführung von zivilem Nuklearmaterial zu anderen, insbesondere militärischen Zwecken

Der Nutzen der EAG wird vor allem vor dem Hintergrund der Erweiterung deutlich. Die Atomenergie ist eine wichtige Energiequelle für viele osteuropäische Länder, doch sind die Sicherheitsstandards in den dortigen Nuklearanlagen sowie die Sicherheitsvorkehrungen für die Arbeitnehmer und die Allgemeinheit nicht immer ausreichend. Die EAG bietet in diesem Zusammenhang für die Unterstützung durch die EU den geeigneten Rahmen.

Unterzeichnet wurde das Ganze am 25. März 1957 in Rom und des Inkrafttretens des Vertrages war der 1. Januar 1958.

Europäische Gemeinschaft

Die Europäische Gemeinschaft war eine supranationale Institution, deren Mitgliedstaaten im Kontext der europäischen Integration zusammenarbeiteten. Die "Europäische Gemeinschaft" beschäftigte sich mit vielen verschiedenen Aufgabenfeldern, von Wirtschafts- und Sozialpolitik bis hin zur Agrar- und Umweltpolitik. Die Europäische Gemeinschaft zählte zusammen mit der EGKS und der EURATOM zu den drei "Europäischen Gemeinschaften". Die "Europäischen Gemeinschaften" wiederum bildeten ab 1993 bis 2009 zusammen die erste von drei Säulen der Europäischen Union.

3. Säulen der EU

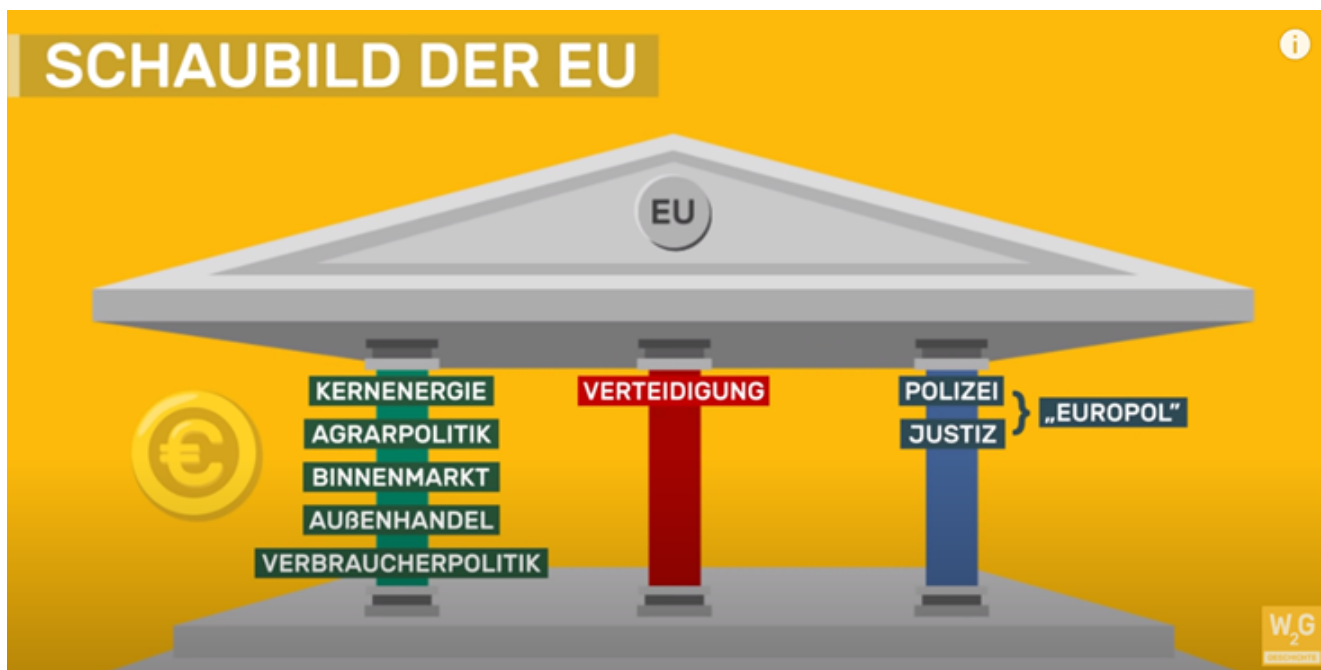
Die drei Säulen der EU hießen:

1. Europäische Gemeinschaften (Europäische Gemeinschaft, EGKS & EURATOM)
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
3. Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS)

Zur Europäischen Gemeinschaften gehörten stets alle aktuellen Mitgliedsstaaten der EU, da die EG ein Teil der EU war.

Wann wurde aus der EG die EU?

Die "Europäische Gemeinschaft" wurde mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 01. Dezember 2009 mit der Europäischen Union fusioniert, also zusammengelegt. Die EU übernahm dabei die Rechtskörperschaft der EG und wurde so zu ihrem Rechtsnachfolger.



Institutionen der EU Teil1: <https://www.youtube.com/watch?v=PTSiMOCAqfU>

Europäischer Rat:

- Staats- und Regierungschef der Mitgliedsstaaten legen Leitlinien für das politische Handeln der EU fest
- Europäische Kommission: 27 kommissar:innen aus allen Mitgliedstaaten Initiative zur Gesetzgebung
- Europäisches Parlament & Rat der EU: 705 direkt gewählte Abgeordnete für Gesetzgebung und Haushaltsplan zuständig
- Europäischer Gerichtshof: Richter werden von Mitgliedstaaten ernannt soll Auslegung und Anwendung der EU-Rechts überprüfen

Institutionen der EU Teil2: <https://www.youtube.com/watch?v=erlu243s9ts>

- Europäischer Rechnungshof: prüft Einnahmen und Ausgaben der EU beobachtet Haushalt und Wirtschaftlichkeit der EU
- Europäische Zentralbank: Festlegung und Ausführung der Geldpolitik im Euro-Währungsgebiet
Durchführung der Devisengeschäften
Aufrechterhaltung und Verwaltung offizieller Währungsreserven der Mitgliedstaaten
Förderung des reibungslosen Funktionierens der Zahlungssysteme

EU

Die Entstehung der EU nach dem 2. Weltkrieg ist ein in der Geschichte bisher einzigartiger Vorgang. Damals entschlossen sich Staaten dazu, bestimmte Rechte freiwillig auf eine gemeinsame überstaatliche Ebene zu übertragen und überstaatliche Institutionen einzurichten. Die Europäische Union (EU) ist damit kein Staat, sondern eine überstaatliche

(supranationale) Organisation.

Aktuell sind 27 europäische Staaten mit einer Bevölkerung von rund 450 Millionen Bürger:innen in der EU zusammengeschlossen. In der Union gilt das Prinzip der Gleichrangigkeit aller Mitglieder. Deren nationale Identität, einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung, wird vertraglich geachtet.

Innerhalb der EU haben 20 Mitgliedstaaten eine gemeinsame Währung, den Euro.

Vertrag von Maastricht

Der Vertrag von Maastricht wurde 1992 unterzeichnet und trat 1993 in Kraft. Er führte die Europäische Union ein, schuf die Grundlage für den Euro als gemeinsame Währung, etablierte die Unionsbürgerschaft und stärkte die Zusammenarbeit in der Außenpolitik. Der Vertrag markiert einen bedeutenden Schritt in der europäischen Integration und festigte die Grundlage für die heutige EU.

Vertrag von Lissabon

Der Vertrag von Lissabon, in Kraft seit 2009, reformierte die EU. Er stärkte das Europäische Parlament, schuf neue Positionen wie den Präsidenten des Europäischen Rates und den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik. Der Vertrag erleichterte Mehrheitsentscheidungen und machte die Grundrechte der Europäischen Union bindend. Ziel war eine effizientere und demokratischere EU.

Wichtige Institutionen und Organe

Die Organe der Europäischen Union sind:

- das Europäische Parlament
- der Rat der Europäischen Union
- die Europäische Kommission
- der Europäische Gerichtshof
- die Europäische Zentralbank
- der Europäische Rechnungshof
- der Europäische Rat

Mit Ausnahme der Europäischen Zentralbank (EZB) zeichnen sich die Organe dadurch aus, dass sie über keine Rechtspersönlichkeit verfügen, sondern der Rechtsperson, der sie zugeordnet sind (der EU) dienen. Das heißt, dass für alle Organe die EU haftet. Nur die EZB haftet für sich selbst und die EU-Bürgerinnen und Bürger könnten die EZB verklagen.

Die wichtigsten Aufgaben und Funktionen der Organe:

- politische Leitung und politische Planung
- Rechtsetzung/Gesetzgebung

- Finanz- und Haushaltsplanung
- Verwaltung
- Kontrolle
- Rechtsprechung
- Besetzung von Organen
- Vertretung der EU

Vor- und Nachteile der EU

Vorteile:

- Größere Jobangebote
- Einheitliche Währung
- Sicherheit/ Frieden (Sicherheitsnetz EU)
- Bildungschancen werden erweitert
- Reisefreiheit
- Freier Warenverkehr
- Neue Exportmärkte
- BIP/Kopf steigt
- Tourismus wächst
- Breiteres Warenangebot
- Freie Wohnsitzwahl
- Offene Grenzen (Schengen-Abkommen)
- Schnelles Geld bei Katastrophenhilfen
- Großer Einfluss in die Weltpolitik
- Keine Zölle oder andere Handelshemmnisse
- Billige Arbeitskräfte
- Keine Wechselgebühren
- Solidarität
- Friedenserhaltung

Nachteile:

- Viele Regeln und Vorgaben (EU-Verordnungen)
 - Entscheidungen dauern oft lange (viele Streitpunkte)
 - Große Konzerne gewinnen an Einfluss – kleine Unternehmen haben enormen Konkurrenzdruck
 - Die EU-Richtlinien führen zu illegaler Einwanderung
 - ...

Politisches System Österreich

Österreich ist eine parlamentarische Republik mit einem föderalen System. Die Verfassung bildet das Grundgesetz und enthält wichtige Prinzipien, die das politische System des Landes regeln.

Wichtige Prinzipien der Verfassung

- Bundesstaatsprinzip: Österreich ist ein Bundesstaat, der in neun Bundesländer unterteilt ist, von denen jedes eine gewisse Autonomie genießt.
- Gewaltenteilung: Die Staatsgewalt ist in drei Säulen aufgeteilt - die Exekutive, die Legislative und die Judikative -, um Machtmissbrauch zu verhindern und ein Gleichgewicht der Mächte zu gewährleisten.
- Demokratisches Prinzip: Österreich ist eine Demokratie, in der die Regierung durch allgemeine Wahlen legitimiert wird.

Politische Gewalten

- Exekutive: Die Exekutive wird von der Bundesregierung unter der Führung des Bundeskanzlers gebildet. Sie ist für die Umsetzung der Gesetze und die Verwaltung des Landes verantwortlich.
- Legislative: Die Legislative wird vom Nationalrat und dem Bundesrat gebildet. Der Nationalrat ist das wichtigste gesetzgebende Organ und wird alle fünf Jahre gewählt. Der Bundesrat repräsentiert die Bundesländer und hat eine beratende Funktion.
- Judikative: Die Judikative besteht aus unabhängigen Gerichten, die für die Auslegung und Anwendung der Gesetze verantwortlich sind.

Gesetzgebung

Die Gesetzgebung in Österreich erfolgt durch den Nationalrat und den Bundesrat. Die Bundesregierung kann Gesetzesentwürfe einbringen, aber auch die Abgeordneten des Nationalrats und die Mitglieder des Bundesrats können eigene Vorschläge einbringen. Gesetzesvorlagen müssen verschiedene parlamentarische Hürden nehmen, bevor sie rechtskräftig werden.

Kontrollmöglichkeiten

Die Legislative kontrolliert die Exekutive durch parlamentarische Anfragen, Ausschüsse und Misstrauensvoten. Die Judikative ist unabhängig und kann die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen überprüfen.

Direkte- und indirekte Demokratie

Vor- und Nachteile der direkten Demokratie

Vorteile:

- Bürger können direkt an Entscheidungsprozessen teilnehmen.
- Erhöht die Bürgerbeteiligung und stärkt das Gefühl der Mitbestimmung.

Nachteile:

- Komplexe politische Themen erfordern oft spezialisiertes Wissen, das nicht jeder Bürger besitzt.
- Kann zu populistischen Entscheidungen führen, die langfristig schädlich sein können.

Vor- und Nachteile der indirekten Demokratie

Vorteile:

- Entscheidungen werden von gewählten Vertretern getroffen, die ein gewisses Fachwissen haben sollten.
- Effizientere Entscheidungsfindung.

Nachteile:

- Mögliche Entfremdung zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern.
- Risiko von Korruption und Machtmissbrauch.

Politische Parteien

Österreich hat mehrere politische Parteien, von denen die wichtigsten sind:

- Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)
- Österreichische Volkspartei (ÖVP)
- Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
- Grünen

Wahlverhalten der 16-29-Jährigen und der über 60-Jährigen bei der Nationalratswahl am 29.09.2019

Bei der Nationalratswahl am 29. September 2019 zeigte sich ein interessanter Trend im Wahlverhalten der verschiedenen Altersgruppen. Die 16-29-Jährigen zeigten eine höhere Präferenz für die Grünen und die NEOS (eine liberale Partei), während die SPÖ und die

FPÖ bei dieser Altersgruppe weniger Unterstützung erhielten. Die über 60-Jährigen hingegen zeigten eine stärkere Neigung zur ÖVP und zur FPÖ, während die Grünen bei dieser Altersgruppe weniger Zustimmung erhielten.

Entwicklung der politischen Parteien in Österreich

Die politische Landschaft Österreichs hat sich im Laufe der Zeit verändert. Früher dominierten die beiden großen Parteien, SPÖ und ÖVP, die politische Szene. In den letzten Jahrzehnten haben jedoch kleinere Parteien wie die FPÖ und die Grünen an Bedeutung gewonnen. Insbesondere die FPÖ hat in den 1990er Jahren einen starken Zulauf erfahren, was zu einer deutlichen Verschiebung im politischen Spektrum geführt hat.

Schwerpunkte der Parteien

- Die SPÖ vertritt sozialdemokratische Positionen und setzt sich für soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte und den Ausbau des Sozialstaats ein.
- Die ÖVP ist eine konservative Partei, die einen Schwerpunkt auf Wirtschaftsliberalismus und Konservatismus legt.
- Die FPÖ ist eine rechtspopulistische Partei mit einem starken Fokus auf Themen wie Einwanderungskontrolle, nationale Identität und Euroskeptizismus.
- Die Grünen sind eine Partei, die sich für Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit und liberale Werte einsetzt.

Repräsentanten

Die Repräsentanten der politischen Parteien sind ihre Mitglieder, die in politischen Ämtern und Positionen auf verschiedenen Ebenen tätig sind. Dies können Abgeordnete im Nationalrat, Mitglieder der Bundesregierung oder auch Funktionäre auf regionaler und lokaler Ebene sein. Jede Partei hat ihre eigenen Repräsentanten, die ihre politischen Ziele und Ideologien vertreten und umsetzen.

1. Republik (3. GGP Buch S. 208)

Europa um 1913

Landesgrenzen ohne Berücksichtigung der Kleinstaaten



B: Belgien, D: Dänemark, M: Montenegro, N: Niederlande

Europa nach 1920



YT-Video: <https://www.youtube.com/watch?v=YnzSM0OXVQk>

Ausrufung -> 12.11.1918

Schattendorf:

Am 30. Jänner fielen in Schattendorf jene verhängnisvollen Schüsse, die nicht nur zwei Menschen töteten. Der Freispruch der Schützen führte zum Brand des Justizpalasts und von dort direkt in Diktatur und Bürgerkrieg. In Schattendorf selbst lebt man seither damit, jenes Dorf zu sein, in dem die Erste Republik aus den Angeln gehoben wurde.

Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000051637275/schattendorf-der-anfang-vom-ende-der-republik>

KWEG

<https://hdgoe.at/KWEG>

Paramilitär

Das Militär ist die offizielle Armee eines Landes. Para ist griechisch und bedeutet so viel wie neben. Paramilitärisch nennt man demnach Truppen und Einheiten, die nicht zu den eigentlichen Streitkräften eines Landes gehören, aber dennoch militärisch ausgerüstet sind. Das können z.B. spezielle Polizeieinheiten sein (wie die Carabinieri in Italien oder die Gendarmerie Nationale in Frankreich).

2. Republik

Neutralität

Pro:

- **Sicherheit und Frieden:** Als neutrales Land ist Österreich weniger anfällig für direkte militärische Konflikte und Kriege. Dadurch kann es eine stabilisierende Rolle in der Region spielen und zum Frieden beitragen.
- **Internationales Ansehen:** Die Neutralität hat Österreich international als vertrauenswürdigen Vermittler und Partner positioniert. Dies ermöglicht eine aktive Teilnahme an multilateralen Organisationen und Friedensmissionen.
- **Wirtschaftliche Vorteile:** Die Neutralität zieht Investitionen und Unternehmen an, die von einem stabilen politischen Umfeld profitieren. Außerdem kann Österreich mit Ländern handeln, ohne von politischen Spannungen beeinflusst zu werden.
- **Beibehaltung der Souveränität:** Die Neutralität ermöglicht es Österreich, unabhängige außenpolitische Entscheidungen zu treffen, ohne sich in Allianzen oder Bündnisse verstricken zu lassen.
- **Humanitäre Rolle:** Österreich kann sich in Krisensituationen als humanitärer Akteur engagieren, da es nicht an Kriegshandlungen beteiligt ist und eine unparteiische Position einnehmen kann.

Con:

- **Sicherheitslücken:** Als neutrales Land könnte Österreich anfälliger für Bedrohungen und Angriffe sein, da es möglicherweise nicht auf die Unterstützung von Militärbündnissen zählen kann.
- **Begrenzte Einflussnahme:** Als neutrales Land hat Österreich weniger Einfluss in internationalen Angelegenheiten, da es nicht Teil großer militärischer Allianzen oder Bündnisse ist.
- **Risiko der Isolation:** Die Neutralität könnte Österreich in bestimmten geopolitischen Fragen isolieren und die Zusammenarbeit mit anderen Ländern einschränken.
- **Unklare Definition:** Die Definition von Neutralität kann in der Praxis schwierig sein, und es besteht die Gefahr, dass Österreich in bestimmten Situationen in eine moralische Zwickmühle gerät, wenn es um die Unterstützung bestimmter internationaler Maßnahmen geht.
- **Kosten der Verteidigung:** Österreich muss trotz seiner Neutralität eine gewisse Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten, was Kosten für das Militär und die Verteidigung

mit sich bringt, ohne dass es von den Vorteilen einer starken militärischen Allianz profitiert.